

ANFRAGE von Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), Nicole Wyss (AL, Zürich), Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich)

Betreffend Rechtsextreme Gewalt im Kanton Zürich

In den letzten Monaten fallen Rechtsextreme im Raum Zürich durch erhöhte Aktivität und Sichtbarkeit auf. Insbesondere geraten aktuell die queere Community und trans Menschen in ihr Visier.

Am 19.06.2022 kam es zu einem Angriff auf den Pride Gottesdienst in der Kirche St. Peter und Paul, die selbe Gruppe von Neonazis griff am 16.10.2022 eine Vorlesestunde für Kinder im Tanzhaus an. Und nun kam es vergangene Woche dazu, dass eine Zürcher Volksschule ihren Aufklärungstag absagen musste. Medienberichten zufolge aufgrund von Sicherheitsbedenken. Ein SVP-Nationalrat hatte zuvor in den sozialen Medien einen Brief der Schule zum Tag, mitsamt privater Handynummer, veröffentlicht und zum Handeln aufgerufen und wurde dabei von verschiedenen Parteimitgliedern unterstützt. Darauf wurden die Schule mit schweren Drohungen und Angestellte der Schule mit Telefon-Terror angegriffen, worauf sich die Verantwortlichen Stellen gezwungen sahen, den Gendertag abzusagen. Somit hat die Hetze von SVP-Mitgliedern, sowie die darauf folgende Bedrohung seitens rechtsextremer Kreise dazu geführt, dass eine Schule ihren Pflichten zur Bildung von Kindern und Jugendlichen nicht nachkommen konnte und Schüler*innen an einem Ort gefährdet waren, wo sie eigentlich sicher sein sollten.

Gewalt gegen queere Menschen ist schon seit längerem ein grosses und bekanntes Problem im Kanton Zürich, welchem zu wenig Beachtung geschenkt wird. Dass aber nun als nächste Eskalationsstufe nicht einmal mehr davor zurückgeschreckt wird, Kinder und Jugendliche in Mitleidenschaft zu ziehen und ihre Gefährdung bewusst in Kauf zu nehmen, zeigt eine Skrupellosigkeit, die bisher nicht vorhanden war. Spätestens jetzt ist es höchste Zeit, dass der Kanton Zürich die Bedrohung durch rechtsextreme Gewalt und Gruppierungen ernst nimmt, sie verurteilt und griffige Massnahmen ergreift, um sie zu bekämpfen.

In diesem Zusammenhang ergeben sich an den Regierungsrat die folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Bedrohungslage durch rechte Gewalt im Kanton Zürich, insbesondere mit Blick auf die queere Community und auf Jugendliche und Kinder, ein?
2. Was sind die nächsten Schritte des Kantons Zürich, um die Vorfälle und Eskalationen rund um den Gendertag in Stäfa aufzuarbeiten?
3. Was unternimmt der Regierungsrat, um zu verhindern, dass rechte Gewalt auch in Zukunft staatliche Institutionen am Ausüben ihrer Aufgaben hindert?
4. Wie stellt der Regierungsrat in Zukunft sicher, dass Veranstaltungen, ihre Teilnehmenden und Organisator*innen vor rechter Gewalt geschützt sind und keine Angriffe zu befürchten haben?
5. Was ist die Strategie des Regierungsrates, um Hate Crime gegen queere und trans Menschen, die von rechtsextremen Gruppen verübt werden, zu bekämpfen und zu minimieren? Welche (Sofort-)Massnahmen könnten hierzu ergriffen werden?

6. Was sind aus Sicht des Regierungsrates Möglichkeiten, um offensiver gegen rechtsextremen Hass und Gewalt in Zürich vorzugehen? Bitte um Aufzählung möglicher (Sofort-) Massnahmen.

Hannah Pfalzgraf
Nicole Wyss
Jasmin Pokerschnig